



Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 13. November 2025

Antrag

Klarer Schutz von afghanischen Menschen in München und überall! – 1

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt München bekennt sich ausdrücklich zum Schutz aller in München lebenden Menschen afghanischer Herkunft vor einer möglichen Gefährdung durch die Weitergabe personenbezogener Daten an die Taliban oder mit ihnen verbundene Stellen.
2. Die Stadt München setzt sich beim Freistaat Bayern und beim Bund dafür ein, dass verbindliche Regelungen geschaffen werden, die eine Weitergabe personenbezogener Daten an das afghanische Regime ausschließen.
3. In Zusammenarbeit mit Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen soll geprüft werden, ob Informationsveranstaltungen oder Beratungsangebote geschaffen werden können, um afghanischen Geflüchteten Sicherheit im Umgang mit ihren Daten zu geben.
4. Die Stadt richtet eine niedrigschwellige, bei Bedarf anonyme Anlaufstelle ein, an die sich Betroffene wenden können, wenn sie befürchten, dass ihre Daten unzureichend geschützt sind, unzulässige Anfragen gestellt wurden oder Behördenkontakte zu Taliban-nahen Stellen bestehen.

Begründung

Seit Jahren leben zahlreiche Afghaninnen und Afghanen der Diaspora in München. Viele von ihnen leben seit vielen Jahren oder kamen im Zuge der Fluchtbewegungen seit 2015 und insbesondere nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 in die Landeshauptstadt. Sie haben hier eine neue Lebensperspektive entwickelt, soziale Bindungen aufgebaut und München zu ihrer zweiten Heimat gemacht.

Gleichzeitig werden sie in verschiedenen Verwaltungsverfahren, unter anderem durch das Kreisverwaltungsreferat und weitere Behörden, weiterhin aufgefordert, zur Klärung ihrer Identität oder zur Beschaffung von Unterlagen Kontakt mit der afghanischen Botschaft oder mit afghanischen Konsulaten aufzunehmen. Seit der Machtübernahme der Taliban und der inzwischen erfolgten Entsendung hochrangiger Vertreter des Taliban-Regimes nach Deutschland löst ein solcher Behördenkontakt bei vielen Betroffenen erhebliche Sicherheitsbedenken aus. Zahlreiche Personen berichten von der Sorge, dass personenbezogene Daten oder Informationen über Angehörige in Afghanistan an staatliche Stellen unter Kontrolle der Taliban gelangen könnten, was erhebliche Risiken für Leib, Leben und Freiheit nach sich ziehen könnte.

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Bereits seit 2021 ist eine deutliche Verunsicherung innerhalb der afghanischen Community in München erkennbar. Hinweise darauf, dass die afghanische Botschaft in München faktisch unter dem Einfluss der Taliban steht, verschärfen diese Situation zusätzlich. Für viele Exil-Afghaninnen und -Afghanen stellt die Botschaft keinen geschützten Raum dar, sondern eine potenzielle Gefahrenquelle. Besonders gefährdet sind ehemalige Ortskräfte, Aktivistinnen, Journalistinnen, Frauenrechtlerinnen sowie Angehörige verfolgter gesellschaftlicher, religiöser oder ethnischer Gruppen.

Vor diesem Hintergrund trägt die Landeshauptstadt München als menschenrechtsorientierte Kommune eine besondere Schutzpflicht. Sie umfasst insbesondere den wirksamen Schutz personenbezogener Daten afghanischer Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Gewährleistung sicherer und zumutbarer Verwaltungsverfahren, die keinen faktischen Druck zur Kontaktaufnahme mit Taliban-kontrollierten Stellen erzeugen. Die Umsetzung klarer bayernweiter Regelungen, flächendeckender Beratungen zu Datenschutz und niedrigschwelliger Beschwerdewege ist notwendig, um den verfassungsrechtlichen Vorgaben des Datenschutzes, des Rechts auf körperliche Unversehrtheit und der Wahrung menschenrechtlicher Mindeststandards Rechnung zu tragen.

Initiative:

Stadträtin Marie Burneleit

Gezeichnet:

Stadtrat Stefan Jagel

Stadträtin Brigitte Wolf

Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München